

Parteilebens war, daß die politische Erziehung der Genossen nicht mit der notwendigen Konsequenz erfolgen konnte. Es war keine Seltenheit, daß die Genossen in den Parteigruppen nur fachsimpelten, hier alle ihre großen und kleinen Probleme in der Arbeit darlegten und so die Parteigruppenversammlungen den Charakter von Arbeitsbesprechungen annahmen.

Die Vernachlässigung der Erziehung der Genossen zu einem richtigen parteimäßigen Verhalten, zu konsequenten Kämpfern für die Durchführung von Parteibeschlüssen wirkte sich äußerst nachteilig auch auf die fachliche Arbeit aus. Der Beweis dafür zeigte sich im Ergebnis der Arbeit der Genossen, die der Parteigruppe der Abteilung materiell-technische Versorgung angehörten. Trotzdem die Parteiführung auf den Tagungen des Zentralkomitees, durch Beschlüsse und Direktiven darauf Kurs nahm, alle Kräfte auf die Beseitigung der Störanfälligkeit unserer Wirtschaft zu orientieren, sahen die ersten Vorstellungen zu den Planvorschlägen für 1962, die von den Genossen dieser Abteilung auszuarbeiten waren, höhere Importe aus Westdeutschland vor, als im Plan 1961 enthalten waren. Der Parteigruppenorganisator, Genosse Perschke, sagte dazu auf der Mitgliederversammlung: „In den Fragen der Störfreimachung gab es bei uns ernste Versäumnisse. Die Parteigruppe hat sich erstmalig im August 1961 mit den politischen Fragen der Beseitigung der Störanfälligkeit der Betriebe beschäftigt. Wir waren der Meinung, daß das, was in der Arbeitsberatung der Abteilung gesagt wird, genügt.“

Ein ähnliches Bild bot sich, als die Frage gestellt wurde, was die Genossen des Wirtschaftsrates getan haben, um das Produktionsaufgebot zum Erfolg zu führen. Auch hier gab es eine Reihe erster Versäumnisse. Der Genosse Greif, Mitarbeiter der Abteilung Industrie, versuchte, der Mitgliederversammlung die Ursachen dafür darzulegen. Er stellte die Frage, ob die Genossen des Staatsapparates ebenso vom Produktionsaufgebot ergriffen waren wie die Werk tätigen in der Produktion. Er antwortete selbst dar-

auf: „Nein! Wir gingen von den ökonomischen Fragen aus und erkannten nicht die politischen Grundfragen, die damit zu lösen sind.“

### **„Feststellungen“ genügen allein nicht mehr**

Wir sind der Meinung, mit dem Zustand, nach Wochen lediglich festzustellen, daß es „Versäumnisse“ gab, endlich Schluß zu machen. Die Ursachen für die sichtbar gewordenen Mängel sind in der Vernachlässigung der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit begründet. Die Unterschätzung der Rolle der Mitgliederversammlung als Forum zur Klärung politisch-ideologischer Fragen, die bei der Durchführung der Parteibeschlüsse in der staatlichen Arbeit auftreten, hatte zur Folge, daß es keine prinzipiellen Diskussionen und keine Kampf Stimmung in der Parteiorganisation gab.

Natürlich gab es in der Arbeit auch gute Ergebnisse. Nicht wenige Genossen haben es durchaus verstanden, ihre staatliche Arbeit als politischen Auftrag der Partei zu betrachten und auch so auszuführen. Sie unterstützten die Betriebe bei der Lösung bestimmter Probleme, führten dort den Kampf zur Erfüllung des Planes und erläuterten dabei den Werk tätigen die Grundfragen unserer Politik. Der Genosse Greif berichtete der Mitgliederversammlung, wie er selbst im Betrieb auftritt und an Ort und Stelle mithilft, den Erfolg des Produktionsaufgebotes zu organisieren. Solche guten Beispiele in der Arbeit der Genossen gibt es in Gera noch mehr. Aber die Parteiorganisation griff das nicht auf und sorgte nicht dafür, daß diese Erfahrungen allen Genossen und parteilosen Mitarbeitern vermittelt wurden. Sie führte nicht im Kampf um den besseren Arbeitsstil.

Die Feststellungen in der Mitgliederversammlung, daß es in der politischen Arbeit ernste Versäumnisse gab, hätte eigentlich zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung führen müssen mit dem Ziel, diese Lage zu verändern. Diese Atmosphäre herrschte jedoch auf der Mitgliederversammlung in Gera noch nicht. Ein Teil der Genossen zeigte nur